

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 1'50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstatteingasse 19/10. Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

April 1932

6. Jahrgang, Nr. 99

Wählt Kommunisten!

Schlagt die Kapitalistenklasse!

Darum schlägt die kapitalistischen Parteien: die Christlichsozialen, den Landbund, die Großdeutschen!

Darum schlägt die faschistischen Kettenhunde: die Heimwehr und die Nazis!

Darum schlägt die Sozialdemokratie, die mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, die Arbeiterschaft immer tiefer führt, dem Faschismus den Boden ebnet!

Stärkt die Kommunistische Partei! Helft sie gesunden!

Stärkt den Kommunismus! Stärkt ihn durch euren außerparlamentarischen Kampf!

Stärkt die Partei des Kommunismus auch parlamentarisch! Demonstriert durch eure Wahl gegen die kapitalistische Sanierung, gegen den Kapitalismus überhaupt, gegen alle, die den Kapitalismus stützen, indem ihr euch bekennet zur Partei der proletarischen Revolution, zur Kommunistischen Partei! Hinein mit proletarischen Revolutionskämpfern in die Gemeindevorstellungen, in die Landtage, auf daß die Arbeiterklasse die Wahrheit erfahre über Bourgeoisie und Faschismus, aber auch über die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie!

Laßt euch nicht beirren durch die dem Stalinismus geschuldeten Fehler der Kommunistischen Partei! Mit eurer Hilfe werden sie überwunden werden!

Keine Stimme den kapitalistischen Parteien!

Keine Stimme den Faschisten!

Aber auch keine Stimme der Sozialdemokratie, die durch ihre Bündnispolitik mit der Bourgeoisie die Arbeiterschaft spaltet. Jede Arbeiterstimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für die Politik des Bündnisses mit den kapitalistischen Räubern, ist eine Stimme gegen das Proletariat! Einzig und allein die Stimme, die der Arbeiter für die Kommunistische Partei gibt, ist eine Stimme des Kampfes gegen die Bourgeoisie, des Kampfes gegen den Faschismus, des Kampfes gegen die Koalitionspolitik, diese Verratspolitik an der Arbeiterschaft!

Stärkt die Kommunistische Partei außerparlamentarisch und parlamentarisch! Helft sie gesunden, nur so kann eine wirkliche Wendung zugunsten der Arbeiterklasse in die Wege geleitet werden!

Wählt Kommunisten!

Ein Schritt vorwärts

Der Parteitag der S. A. P. hat einen Zusatz zur Prinzipienklärung angenommen, worin er sich ausspricht gegen die «Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land». Ein bedeutsamer Schritt vorwärts. Die Arbeit der Linksoption beginnt Früchte zu tragen. Die von den Rechten (Brandler-Thalheimer) ausgetretene Minderheit (Walcher-Fröhlich) hat sich der S. A. P. angeschlossen. Ihr Auftreten auf dem Parteitag in der Frage des Sozialismus in einem Lande war ein großer Fortschritt. Ansonsten allerdings haben sie enttäuscht. Indem sie es vermieden, die politische Meinungsverschiedenheit zuzuspitzen, hemmten sie

Gegen die Koalition!

Die kapitalistische Krise geht weiter. Selbst eine Saisonbesserung, die sich sonst in jedem Frühjahr zeigt, ist heuer noch nicht zu spüren. Dennoch ist es eine vollkommene Irreführung, wenn die «Arbeiter-Zeitung» (10. 3.) schreibt: «... Es geht zu Ende, zu Ende»... «Wir sehen den Kapitalismus in einer Katastrophe ohnehin zusammenbrechen... Die unerhörte Massennot — sie ist doch nur die Begleiterscheinung der Auflösung, der Zersetzung, des Sturzes des Kapitalismus!... Alles Schwindel zur Täuschung der Massen über die wahre Lage und über den Grundcharakter der sozialdemokratischen Politik.

Der Kapitalismus bricht nicht zusammen. Viele einzelne Kapitalisten, viele einzelne kapitalistische Unternehmungen, viele Kartelle, viele Banken, ganze Kapitalistengruppen, ganze Kapitalistenvereine werden in dem wütenden Konkurrenzkampf der kapitalistischen Räuber, den die Krise auf die höchste Spitze treibt, niedergebrosen. Das treiben die stärksten kapitalistischen Räuber solange, bis sie sich für eine gewisse Zeit einen gewissen Absatzspielraum geschaffen. Die Krise erschüttert den Kapitalismus aufs schwerste, doch nur die Massenaktion, nur die bewußte revolutionär geführte Massenaktion kann und wird die Bourgeoisie stürzen, die kapitalistische Krise überwinden, indem sie, den Kapitalismus liquidierend, den Sozialismus aufbaut. Die Massennot ist keine «Begleiterscheinung», die Massennot ist bewußtes Mittel, womit die kapitalistischen Banditen die Frage auskämpfen, wer von ihnen über die Krise sich behauptet.

Der Kapitalismus bricht nicht zusammen — der Kapitalismus muß gebrochen werden durch den Kampf der Massen gegen die Bourgeoisie!

Die Massennot ist keine „Begleiterscheinung“, die Massennot ist bewußtes Kampfmittel der kapitalistischen Räuber. Gegen die Massennot können die Massen sich helfen einzig und allein durch Kampf gegen die Bourgeoisie!

Diese ungeheure Rauboffensive, diese Hungersanierung, diese Rothschildsanierung, die die österreichische Bourgeoisie mit allen Mitteln, vor allem mit faschistischen Mitteln, vortreibt, sie ist nichts an-

den Klärungsprozeß, der das Wichtigste ist für eine solche Uebergangsorganisation wie die S. A. P., in der alle möglichen Strömungen zusammentreffen: vom Pazifismus (Kleineibst) über den sozialdemokratischen Zentrismus (Seydewitz-Rosenfeld) bis zum brandleristischen Stalinismus (Rück) und KAPismus (Reichenbach). Trotz aller Schwächen, Schwanungen, Halbheiten der S. A. P. gewinnt in ihr die linke Strömung an Kraft. Auch in der Gruppe Walcher-Fröhlich. Unter dem Druck der Ereignisse gefördert durch die Arbeit der deutschen Linksoption, die sich als selbstverständliches Ziel setzt, innerhalb der SAP eine leninistische Fraktion herauszubilden.

deres als der Kampf der heimischen kapitalistischen Räuber untereinander und mit den kapitalistischen Räubern der Welt, um sich durch die Krise hindurch zu behaupten — auf dem Rücken der Massen.

Die Sozialdemokratie sagt, sie wolle und werde der Massennot einen Damm entgegenzusetzen, sie wolle und werde die wirtschaftliche Lage der Massen bessern, ihr neue Wege zum kulturellen Aufstieg bahnen. Sie ruft die Massen auf, gerade darum am 24. April mit dem Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei «maßgebenden Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte zu sichern». Das Hochziel der ganzen Anstrengungen der Sozialdemokratie, ihres Wahlkampfes insbesondere, ist: sie will mitregieren, sie will eine Koalitionsregierung herbeiführen, der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie. Vorsicht sagt allerdings am 24. April — Bauer: «Sozialdemokraten können die Verantwortung für die Führung der Staatsgeschäfte erst übernehmen, wenn das wirklich eine völlige Aenderung des ganzen Kurses der Gesetzgebung und der Verwaltung bedeutet, wenn die ganze Politik, eine Wendung um 180 Grad macht, wenn im ganzen Staat, von den Ministerien bis in die letzte steirische Bezirkshauptmannschaft, ein neuer Geist einzieht, wenn jeder Arbeiter in der Stadt und jeder Keuschler auf dem Lande sofort erkennt: Jetzt ist wirklich eine neue Zeit gekommen!»

Allein schon im Wahlauftritt am 3. April sagt die Sozialdemokratie noch vorsichtig den «Wienern und Wienerinnen»: «... Freilich können wir die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht für Wien außer Kraft setzen»... Die Wendung um 180 Grad, die die Sozialdemokratie durchzuführen verspricht, ist also jedenfalls eine «Wendung» — innerhalb des Kapitalismus, eine «Wendung» der kapitalistischen Politik, die kapitalistisch bleibt, auch wenn sie «gewendet» wird.

Wie soll nach der Sozialdemokratie diese «gewendete» kapitalistische Politik ausschauen? Nun, der Kapitalismus soll weiter gehen, aber er soll etwas hergeben, das Los der Massen zu erleichtern, zu verbessern. Das konnte der Kapitalismus, so lange er im Aufstieg war. Jetzt, in der Niedergangsepoche, da der immer schärfere Widerspruch zwischen den zwangsläufig wachsenden Produktivkräften und dem zwangsläufig sich verengenden Absatzmarkt das ganze kapitalistische System von Grund aus erschüttert, kann das die Bourgeoisie nur, wenn sie bereit ist, sich als Kapitalistenklasse aufzugeben. Daran denkt sie nicht im Traum, keine Ausbeuterklasse hat je so gehandelt.

Der sozialdemokratische Schlachtruf: Ho-ruck — nach links! — ist also eine große Lüge: keine Koalitionsregierung — auch keine sozialdemokratische Alleinregierung, denn sie ist ja nur raffinierte Fortsetzung der Koalitionspolitik — kann den Massen helfen. Denn den Massen kann geholfen werden nur auf Kosten der Bourgeoisie, also nur gegen die Bour-

geoisie! Unter keinen Umständen kann den Massen geholfen werden durch ein Bündnis mit der Bourgeoisie, also nicht durch die Koalition!

Und doch enthält der sozialdemokratische Schlachtruf: Ho-ruck — nach links! eine große Wahrheit: Die Sozialdemokratie, die sich den Massen gegenüber als «Arbeiterpartei» ausgibt, ist in Wirklichkeit eine kleinbürgerliche Volkspartei, die die Arbeiterschaft hinter sich zieht; sie ist eine Partei, die den linken Flügel der kapitalistischen Front bildet.

Die Sozialdemokratie, die der Bourgeoisie so gewaltige Dienste am linken Flügel der gesamtbürgerlichen Front leistet, verlangt nach so langjährigen Diensten, daß sie nun wieder einmal auch in die Führung der kapitalistischen Front gezogen wird, in die bürgerliche Regierung, als linker Flügel der bürgerlichen Regierung.

Was kann dabei für die Massen herauskommen? Gar nichts! Hilfe bestimmt nicht. Eine dünne Schicht von Kleinbürgern und Arbeiteraristokraten wird hochkommen. Für die große Masse aber schaut dabei nach einigen Zuckerl beim ersten Anlauf nur heraus eine noch größere Steigerung der Massennot. Denn als «Arzt» des Kapitalismus betrachtet sich die Sozialdemokratie, geht sie in die Regierung. Sie will den kranken Kapitalismus «heilen». Soweit das jedoch überhaupt möglich ist, ist es nur möglich — auf Kosten der Massen. Einen kurzen Rausch bringt die Koalitionsregierung den Massen und dann desto größere Enttäuschung. Dem Faschismus, dem die Sozialdemokratie den Weg durch die Koalitionsregierung endgültig zu versperren vermeint, ebnet sie den Weg erst recht und gerade durch die Koalitionsregierung, durch die damit unvermeidlich herbeigeführte ungeheure Enttäuschung der Massen.

Die Koalitionsregierung kann den Massen nichts bringen! Was nützt es, wenn in die Ministerien, wenn in die letzte steirische Bezirkshauptmannschaft ein neuer «Geist» einzieht? Die klassenmäßige Zusammensetzung dieses Apparates bleibt weiter dieselbe. Die reale Macht in der Koalitionsregierung — auch bei der sozialdemokratischen Alleinregierung — behält also weiter die Bourgeoisie. Die Politik der Koalitionsregierung — auch der sozialdemokratischen Alleinregierung — kann also und wird nichts anderes sein als kapitalistische Politik. Politik für den Kapitalismus, Politik auf Kosten der Massen, Politik gegen die Massen!

Den Massen helfen kann keine wie immer geartete Politik im Bunde mit der Bourgeoisie. Den Massen helfen kann einzig und allein der Kampf gegen die Bourgeoisie. Der einige, geschlossene Kampf der Massen gegen die Bourgeoisie, dessen erste Grundvoraussetzung ist die unerbittliche ausnahmslose Bekämpfung jedes Bündnisses mit der Bourgeoisie, jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, jedes geringsten Versuches einer

Zusammenarbeit, eines Bündnisses mit der Bourgeoisie als grundsätzlichen Verrat an der Arbeiterklasse.

Einheitsfront aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie! Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Bourgeoisie! Darum müssen die Arbeiter, müssen die Werktätigen in Stadt und Dorf Einheitsfrontorgane schaffen, Aktionsausschüsse, aus denen im Massenkampf unter Führung der Arbeiterklasse immer weiter wachsend entstehen wird das höchste Einheitsfrontorgan: Der Arbeitererrat! Gegen jede bürgerliche Regierung, also auch gegen jede Koalitionsregierung und für eine auf den Arbeitererrat gestützte Regierung der Arbeiter und landarmen Bauern müssen die Massen kämpfen. Nur eine solche Regierung kann durchführen, was die Massen brauchen und wollen: die Sanierung der Massen! Die Sanierung der Massen, die allein durchgeführt werden kann auf Kosten der Bourgeoisie!

Wer aber kann diesen Kampf der Massen allein organisieren, leiten? Nur eine solche Partei, die grundsätzlich jede Zusammenarbeit, jedes Bündnis mit der Kapitalistenklasse ablehnt, verberge es sich hinter welchen Schleier immer und seien diese noch so fein — demokratisch! Nur eine solche Partei, die grundsätzlich im Verhältnis zum Klassenfeind der Arbeiter, zur Bourgeoisie, nichts anderes kennt als Kampf, Kampf und wieder Kampf, Kampf bis zum Sieg! — nur eine solche Partei kann den Kampf der Massen gegen die Bourgeoisie organisieren, leiten. Diese einzige Partei ist und bleibt die Kommunistische Partei.

Vergewaltigt durch den bürokratischen Zentrismus, durch diese grundfalsche Politik Stalins und seiner Bürokratie, macht die Kommunistische Partei schwere politische Fehler. Aber mit all diesen Fehlern ist und bleibt sie dennoch die einzige Partei des Kampfes gegen den Kapitalismus, gegen die Bourgeoisie. Während die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei des Bündnisses mit den kapitalistischen Blutsaugern, des Bündnisses mit den kapitalistischen Räubern, des Bündnisses mit den Klassenfeinden der Arbeiter, also des Verrates an der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution!

Die Sozialdemokratie muß jeder Arbeiter grundsätzlich bekämpfen als Partei, denn hier gibt es für die Arbeiter nichts zu bessern. Die Kommunistische Partei aber muß jeder Arbeiter grundsätzlich bejahen, als seine einzige Klassenpartei bejahen, er muß ihre Fehler bekämpfen, er muß sie gesund, um seine Partei, seine einzige Klassenpartei, zu gesund. Gerade darum muß jeder Arbeiter die Kommunistische Partei unterstützen in allen ihren Anstrengungen und Kämpfen, außerparlamentarisch und parlamentarisch. Gerade darum muß er ihr also auch helfen in den Wahlen gegen jede bürgerliche Regierung! Also auch gegen die Koalition! Für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie! Für die Einheitsfront gegen Bourgeoisie, Faschismus, Massennot! Für den Arbeiterrat gegen die Bourgeoisie! Für die Regierung der Arbeiter und landarmen Bauern gegen die Bourgeoisie! Für die proletarische Diktatur gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus, zum Aufbau des Sozialismus!

1918 19

«1918/19 lag die Bourgeoisie am Boden zitternd vor der Arbeiterklasse. Wer hat es der Bourgeoisie ermöglicht, wieder emporzukommen, wieder das Proletariat unter ihre Füße zu treten? Haben sich die Arbeiter nicht gewehrt? Waren nicht Gewerkschaften da? War die Sozialdemokratie nicht da? Hat nicht die Sozialdemokratie tagtäglich „gekämpft“ und große, sehr große Stimmzettel-Siege errungen? ... Alle Politik benützte sich letzten Endes nach dem Ergebnis. Die jetzige Lage der Arbeiterklasse, machtpolitisch und wirtschaftlich, ist herbeigeführt durch die Kapitalistenklasse. Doch nur die Politik der Sozialdemokratie hat das der Bourgeoisie ermöglicht! So schrieb letztendlich die «Arbeiter-Stimme».

Keine sozialdemokratische Rabaukei kann die Tatsache widerlegen, daß die Arbeiterschaft in die heutige Tiefe geführt worden ist durch die Sozialdemokratie. Um diese entscheidende

Frage drückt sich die Sozialdemokratie überhaupt.

Dafür kommt sie mit der Theorie vom «kleineren Übel». Wenn die Arbeiterschaft 1918/19 den Kommunisten gefolgt wäre, wäre sie heute noch schlechter daran als sie mit der sozialdemokratischen Politik gefahren ist. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, nimmt die österreichische Sozialdemokratie die Schere und schneidet sich heraus aus jedem Zusammenhang mit der internationalen Sozialdemokratie.

Woh 1918/19 die internationale Sozialdemokratie in allen Ländern zur Bourgeoisie zog, statt gegen die Bourgeoisie, zur Koalition statt zur Revolution gegen die Kapitalistenklasse, darum blieben der Bourgeoisie alle Machtpositionen, darum konnte sie sich im Laufe der Zeit nicht nur wieder in den Sattel setzen, sondern sogar die Konzeptionen, die sie 1918/19 gemacht hatte, um die Massen einzuführen, wieder fast ganz abzubauen. Darum auch, und nur darum, wurde es der Bourgeoisie möglich, die klein-

bäuerlichen Massen, die revolutioniert auf dem imperialistischen Krieg heimgekehrt sind, in einigen Monaten wieder in die kapitalistische Front zurückzuführen. Der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, in ganz Europa war 1918/19 im Bündnis mit Sowjetrußland möglich und sicher, wenn die Sozialdemokratie das gewesen wäre, als was sie sich ausgab: die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die Partei der proletarischen Klassenkämpfe. Der Verrat der internationalen Sozialdemokratie an der proletarischen Revolution, an der Arbeiterklasse, dieser Verrat, an dem die österreichische Sozialdemokratie aktiv teilnahm, hat 1918/19 den Sieg der Arbeiterklasse in Mitteleuropa, in ganz Europa verhindert. Hier ist in der Tat der Ausgangspunkt jenes Weges, auf dem die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse bis zur heutigen Tiefe geführt hat, wobei sie die Verratspolitik von 1918/19 die ganzen Jahre fortgesetzt hat: die Bündnispolitik mit der Kapitalistenklasse, die Koalitionspolitik.

Die deutsche Lehre

«Ein Sieg der Demokratie! Ein Sieg der Arbeiterklasse! Die deutsche Republik hat die Mehrheit hinter sich!» So schreit die Sozialdemokratie.

Wer ist Hindenburg? Was ist sein wirkliches Programm? Sein wirkliches Ziel und Programm ist die Restauration der Hohenzollernmonarchie. Er ist Monarchist nicht nur der Gesinnung nach, er ist Monarchist auch seinem politischen Ziel, seinem politischen Programm nach. Hindenburg will letzten Endes genau dasselbe wie Hitler. Nur will er es auf einem Wege, der nicht nur den Faschismus, sondern auch die Sozialdemokratie für diesen Endzweck realpolitisch ausnützt. Das ist der einzig wirkliche Unterschied zwischen Hindenburg und Hitler. Praktisch wird das in kurzer Zeit sinnfällig dadurch zum Ausdruck kommen, daß Hindenburg den Faschismus mit in die Regierung zieht und so ein System etabliert, wo sowohl der Faschismus — in der Reichsregierung — als auch die Sozialdemokratie — in der Preußenregierung als Minderheitsregierung — mitregieren, das heißt, beide am Karren der deutschen Bourgeoisie ziehen in der Richtung auf die Restauration der Hohenzollernmonarchie. Keine Rede davon, daß Hindenburg den Faschismus besiegt hätte. Das wollte und will er nicht im Traum. Im Gegenteil, er wird dem Faschismus weiter den Weg nach aufwärts ebnen, so wie er es bisher getan hat. Um das Proletariat für ihre Verratspolitik einzufangen, ist die Sozialdemokratie gezwungen, den Sieg Hindenburgs als Sieg über dem Faschismus auszusprechen. Aber die Tatsachen werden den sozialdemokratischen Schwindel rasch entlarven.

Genau genommen haben schon alle bisherigen Tatsachen das Hindenburgprogramm samt dem sozialdemokratischem Hindenburg-Schwindel genügend entlarvt. Wieso ist es trotzdem der S. P. D. möglich, die Arbeiter in so großer, ja in wachsender Zahl für die sozialdemokratische Verratspolitik einzufangen? Nun, die neuerliche schwere Niederlage der stalinistischen Politik gibt Antwort. Im ersten Wahlgang brachte sie die K. P. D. um 5 Millionen Stimmen — denn 10 Millionen Stimmen hätte sie bei richtiger Politik um sich gesammelt und vor allem für den außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus mobilisiert! — im zweiten Wahlgang brachte Stalin die K. P. D. um ein Viertel ihrer Stimmen, weit über eine Million hat sie weiterhin verloren. Was beweist dies? Daß die großen Massen der deutschen Arbeiterschaft, daß sogar bedeutende Teile der Arbeiterschaft die der K. P. D. vom Stalinismus aufgezwungene Politik nicht verstehen, nicht billigen, ihr nicht folgen, ablehnen!

Auf die kürzeste Formel gebracht ist die Wahlniederlage der K. P. D. die Folge davon, daß sie die zentrale Aufgabe zu erfüllen nicht imstande ist: die großen Massen außerparlamentarisch zu mobilisieren, zum Kampf für die unumgängliche Lebensforderung der Massen, zum Kampf gegen den Faschismus. Gewiß, die Partei hat den besten Willen dazu, aber sie kann ihren guten Willen nicht in Erfolg umsetzen, weil sie durch die ihr aufgezwungene grundfalsche stalinische Linie daran gehindert wird. Mit dem Blödsinn des «Sozialfaschismus», mit der unsinnigen R. G. O.

Politik, mit der roten Einheitsfronttaktik, diesem Hohn auf die leninische Taktik der Einheitsfront, und all den vielen anderen schweren politischen Fehlern, ist der Partei der Weg zu den Massen versperrt. Die furchtbare Not, die die kapitalistische Fäulnis über die Massen bringt, nähert sie ihrer Klassenpartei, der K. P. D. Aber mit ihrer stalinistischen Politik zieht sie die sich ihr nähernden Massen nicht nur nicht an sich, sondern stößt sie von sich ab, zurück in die verräterischen Arme der Sozialdemokratie.

Durch seinen Nationalbolschewismus, seine Volksentscheidpolitik, sein nationales Programm der Volksbefreiung, seine Volksrevolution, seine Kapitulationseinstellung («Soll Hitler nur hinauf kommen, er wird rasch abwirtschaften, dann kommen wir dran!») hat der Stalinismus eine solche Verwirrung in die kommunistischen Reihen gebracht, daß manche Anhänger verführt wurden, im zweiten Wahlgang nicht Thälmann die Stimme zu geben, sondern — Hitler! Das sind die Früchte des bürokratischen Zentrismus, so schädigt und kompromittiert Stalin die kommunistische Sache.

Schon ist wieder der Hauptschuldige, der einzig wirklich Schuldige, der Stalinismus, am Werk, um die Schuld an der Niederlage auf andere abzuwälzen: «Die Propaganda der K. P. D. hat einen falschen Kurs eingeschlagen, eine Reorganisation und Säuberung des Parteiapparates muß erfolgen,» sagt — Stalin. Der Kurs der K. P. D. wurde und wird von der stalinischen «Generallinie» bestimmt. Die im Parteiapparat der K. P. D. sitzen, sind schuldig, aber schuldig als Werkzeuge. Der Hauptschuldige ist und bleibt derjenige, der diese Werkzeuge bewegt: Der Stalinismus, die Stalinfraktion, Stalin!

Trotz dieser Niederlage: Auch jetzt noch ist die Wendung zum Guten noch immer möglich. Doch sie ist nur möglich durch eine Politik, die die Massen zum außerparlamentarischen Kampf für ihre Lebensnöte, gegen die kapitalistische Offensive, gegen den Faschismus mobilisiert. Also durch Abkehr vom «Sozialfaschismus», durch Uebergang zur Taktik der Arbeiter-Einheitsfront, durch richtige Gewerkschaftspolitik, mit einem Wort durch schnelle und vollkommene Abkehr vom Stalinismus, durch restlose Rückkehr auf die Linie der ersten vier Weltkongresse.

Der Garniturwechsel, wodurch sich der Schlarlatan Stalin neuerlich aus der Schlinge zu winden sucht, die er sich mit seiner Politik selbst immer fester um den Hals zieht, wird ihm wenig helfen. Immer deutlicher sprechen die Ereignisse, immer schneller ist ihr Gang, immer schärfer stellen sie die Frage vor alle Kommunisten: Entweder Katastrophe — oder Gesundung der Partei und der Kommintern durch Abkehr vom Stalinismus, durch Rückkehr zum Leninismus!

Weltstalinismus

Seit neun Jahren verfügt der Stalinismus unumschränkt nicht nur über Sowjetrußland, sondern durch die Kommunistische Internationale auch über alle kommunistischen Parteien. Seit neun Jahren meldet der Stalinismus ununterbrochen gewaltige «Siege» auf allen Fronten im Weltmaßstab. Wie z. B. die Sozialdemokratie bei diesen stalinistischen «Siegen» fährt, wollen wir an ein paar düren Zahlen zeigen:

England: Als der Stalinismus begann, war der sozialdemokratische «Daily Herald» ein kleines Blatt. Heute, nach so vielen «Siegen» Stalins, hat er nur mehr eine tägliche Auflage von 1,500.000 ...

Frankreich: Als der Stalinismus begann, war die Sozialdemokratie Frankreichs nicht einmal imstande, ein Tageblatt herauszugeben. Der sozialdemokratische «Populaire» konnte nur als bescheidenes Wochenblatt erscheinen. Heute, nach so vielen stalinischen «Siegen», kann der sozialdemokratische «Populaire» nur noch erscheinen — als Tagblatt mit 45.000 Abonnenten und einer Gesamtauflage von 100.000 ...

So hat der Stalinismus in den Hauptländern des europäischen Kapitalismus, in England und Frankreich, nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der sozialdemokratischen Parteien geführt. Geschwächt hat er lediglich die kommunistischen Parteien: Die Auflage der «Humanité», die Mitgliedzahl der KP Frankreichs sind bedeutend gesunken. Und in England ist die Linke Gewerkschaftsbewegung, die einmal über 1 1/2 Millionen Arbeiter zählte, die der kommunistischen Führung folgten, unter Stalin auf ein Nichts zusammengeschumpft.

Sozialdemokratische Mandatsheorie

Die Sozialdemokratie trieft vor Moral. Doch wehe, wenn es um ihr Allerhöchstes geht, um ihre Mandate, da fallen die Hüllen, da kennt sie keine Skrupeln. Die Verhältnisse sind der Kommunistischen Partei außerordentlich günstig, eine tiefe Mitbestimmung, mit der sozialdemokratischen Partei geht durch die Arbeiterklasse, also werden die Schlägen der sozialdemokratischen Mandatsheorie geführt, um die mit der Sozialdemokratie unzufriedenen Arbeiter von der Kommunistischen Partei abzuschrecken. Das Ehepaar Kulscharr, die von Sinowjew über Stalin hinausgeschwächt waren zum Beutel der Sozialdemokratie, wurde ausersuchen, unter dem Titel «Proletarische Irwege» eine Sudebrochure über die KPO loszulassen. Mögen die Fraktionskämpfe der österreichischen KP noch so verzerrt sein, durch alle Verzerrungen hindurch waren und sind es Kämpfe um die richtige revolutionäre Linie, während die Linie der Sozialdemokratie, mit und ohne Fraktionskampf, war, ist und bleibt die Linie des Verrates an der proletarischen Revolution, an der Arbeiterklasse. Auch die russische Partei hatte ihre schweren Fraktionskämpfe und doch ist daraus und gerade um und durch das Feuer dieser Fraktionskämpfe erstanden die eiserne Partei der proletarischen Revolution. Wie haben die Reformisten vor dem Krieg die Nase gerührt über das schäblichste Kämpfen der Fraktionen in der russischen Partei, wie haben sie gepöppelt selber über Lenin, Brecht, «Erziehung», «Spalter» und wie sie ihn sonst noch benannten. All das verzapft heute die Sozialdemokratie in allen Ländern über den Kampf der Fraktionen, der Kommunistischen Partei, nur noch größer und verlogener, weil das Feuer der Revolution ihr heute ganz anders auf die Finger brennt als vor 1914. Der Kampf der Fraktionen der KP wird dauern bis zum restlosen Sieg der prinzipiell richtigen proletarisch-revolutionären Linie, das ist bis zum Sieg der marxistisch-leninistischen Linie. Dieser Sieg naht, damit naht das Ende der Fraktionskämpfe, damit naht die Zeit der proletarischen Abrechnung mit der Sozialdemokratie. Diesen Prozeß möglichst zu erschweren liegt im Interesse der Sozialdemokratie und nicht dem Wahlkampf allein, sondern darüber hinaus vor allem: diesem Endzweck dient die sozialdemokratische Sudebrochure.

Es ist bezeichnend für die Sudebrochure, daß sie Ziegler, von Stalins Gnaden Oesterreichs gewesener Thälmann Nr. 1, daß sie diesen stalinistischen Helden, der aus der KPO ausgeschlossen und — dann zur Sozialdemokratie gewechselt hat, zu ihrem Liebling erhebt.

Aber noch viel bezeichnender ist es, daß sich der ganze wütende Haß der sozialdemokratischen Sudebrochure konzentriert — auf Genossen Frey! Wie oft haben diese Kulscharr im Dienste Sinowjews und Stalins den Genossen Frey als «tote» erklärt! Nun im Solde der Sozialdemokratie erklären sie ihn neuerlich «tote». Zum wievielten Male? Doch halt, die Sudebrochure erscheint ohne Nennung des Namens der Verfasser als offizielle Broschüre der Sozialdemokratischen Partei. Wozu diese krampfhaften Anstrengungen der Sozialdemokratie, einen «Toten» «endgültig zu töten», diesen «Toten», um den sie sich im Laufe der Jahre sehr lebendig wiederholt beworben hat?! ... Wozu diese offizielle Sudebrochure der Sozialdemokratischen Partei gegen einen «Toten» in Riesenaufgabe?! Sehr einfach. Die Sozialdemokratie fürchtet die Gesundung der Kommunistischen Partei und sie weiß sehr genau, daß diese Gesundung in Oesterreich kommen kann nur durch unseren Kampf! Sie möchte gerne uns «töten», um die Gesundung der K. P. D. zu töten! Darum der wütende Kampf gegen den «getöteten» Frey. Mögen die Herrschaften klaffen, unser Kampf geht weiter bis zur Gesundung der Kommunistischen Partei, bis zur Abrechnung mit

Sozialdemokratie, bis zum Sieg über die Bourgeoisie!

Es ist unmöglich, die zahllosen Lügen einzuzählen, die diese Südelchrift über die Geschichte der KP und insbesondere über den Genossen Frey enthält. Es genüge folgendes festzustellen:

Schon vor dem Parteitag 1923, im Herbst 1922, traten sehr viele Parteimitglieder an Genossen Frey heran und verlangten von ihm unter Hinweis auf die immer fähiger werdenden fraktionellen Vorbereitungen der anderen die Gründung einer Fraktion zum Kampf um die Gesundung der Partei. Dennoch erfolgte die Gründung der Fraktion erst nach dem Parteitag 1923, als unwiderlegliche Beweise vorlagen, daß die anderen für ihre falsche politische Linie mit fraktionellen Mitteln gegen unsere richtige Linie kämpften. Gewiß war es ein Fehler, die Fraktion nicht schon im Herbst 1922 zu gründen. Am Gang der Ereignisse hätte das in der Hauptsache nichts geändert. Denn letzten Endes unterlagen wir nicht der fraktionellen Kunst der anderen und schon gar nicht der Kraft ihrer politischen Argumente, sondern einzig und allein darum, weil die über die Komintern verfügten, die Sinowjew, Bucharin, Stalin immer und ausnahmslos gegen uns waren, weil sie gegen unsere politische Linie waren und sind, weil sie gegen die leninistische Linie waren und sind. Nur jene, die unsere Fraktion und damit den Kampf um die Parteigesundung verrieten, indem sie zu Bucharin-Stalin wechselten, jene Hexmann-Schlamm, die allerdings fanden die Unterstützung der Bucharin-Stalin und halfen mit — uns aus der Partei auszuschließen. Gerade darum bezeichnet die «hochmoralische» Südelchrift der Sozialdemokratie diese Verräter unserer Fraktion als «Frey-Fraktion».

Das Bündnis mit der österreichischen Sinowjew-Fraktion (Tomann-Kortischoner) wurde 1925 vollzogen, nachdem die österreichischen Sinowjiten in aller Öffentlichkeit bedingungslos und vollkommen politisch vor uns kapitulierten, welche politische Kapitulation 1925 in der «Roten Fahne» veröffentlicht worden ist. Später haben die österreichischen Sinowjiten glatten Verrat verübt, so wie nach ihnen ihr Meister Sinowjew in Rußland. Rückschauend muß man auch heute feststellen: Umsehbend 1925 war für den österreichischen Sinowjew-Fraktion notwendig und gut, die ehrlichen Arbeiterelemente, die bei der österreichischen Sinowjew-Fraktion gegen uns gefolgt waren, erkannten gerade durch und in diesem Bündnis, daß es uns ehrlich um die Parteigesundung ging und geht und daß unsere politische Linie richtig war und ist. So führte der Verrat der Sinowjiten dazu, daß ihre ehrlichen Arbeiterelemente sich unserem Kampf angeschlossen haben um die leninische Parteigesundung. Diese Genossen, die wir damals gewonnen haben, die waren und sind auch heute unter den allerbesten Kämpfern unserer Fraktion.

Der österreichischen Partei sind im Laufe der Jahre viele, sehr viele schwere politische Fehler unterlaufen. Niemand jedoch hat vor immer in der Partei — und schon gar nicht wir — eine Einheitsfronttaktik wagt oben vertreten. Wir haben in allen Fragen, so auch in der Einheitsfronttaktik immer die Linie der vier ersten Weltkongresse verfolgt.

Nicht die sozialdemokratische Südelchrift hat die KP zu fürchten, sondern die eigene grundfalsche, die stalinistische Politik. Diese gilt es zu ändern, dies gilt es zu überwinden durch die marxistisch-leninistische Politik, damit die Partei ihre geschichtliche Sendung erfüllt!

Französische Wahlen

Am 1. und 8. Mai wird in Frankreich gewählt. Die KPF hat durch die ihr 1918 vom Stalinismus aufgezwungene Taktik schweren Schaden erlitten. Die französische Linienopposition macht der Partei einen ausführlichen taktischen Vorschlag, worin für den zweiten Wahlgang vorgesehen ist, in gewissen Fällen, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen, den kommunistischen Kandidaten zurückzuziehen und für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, um die Wahl von Demokraten oder offenen Reaktionen zu verhindern und die so geschaffene Gelegenheit erst recht zu benutzen zum prinzipiellen Kampf gegen den Reformismus. Eine durchaus zulässige und richtige Taktik. Leider deuten alle Anzeichen darauf hin, daß der Stalinismus der KPF neuerlich den Fehler von 1928 aufzwängt, wovon nur die Sozialdemokratie und so die Bourgeoisie den Nutzen, die KPF aber den Schaden haben wird.

„Umbau der Wirtschaft“

Nach dem Krieg gab die SP die Losung: Wiederaufbau der (kapitalistischen) Wirtschaft. So konnte die Bourgeoisie die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft mit Hilfe der SP wieder aufbauen auf Kosten der Arbeiter. Dann gab die SP die Losung: A u b a u der (kapitalistischen) Wirtschaft und half der Bourgeoisie deren wiederaufgebaute Wirtschaft ausbauen auf Kosten der Arbeiter.

Jetzt, da der Sturm der Krise das kapitalistische Wirtschaftsgebäude aufs schwerste erschüttert, gibt die SP die Losung aus: U m b a u der (kapitalistischen) Wirtschaft (siehe AZ 27. März). Der Bourgeoisie soll so ermöglicht werden, ihre durch die Krise schwer zerrüttete Wirtschaft mit Hilfe der SP umzubauen auf Kosten der Arbeiter.

Die SP erweist sich immer wieder als zentraler Kapitalistenknecht.

STEIERMARK

Stiefische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/1. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Dienstags, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunikeiler, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Arbeiter von Eggenburg!

Es mahlt der 24. April! Laßt Euch durch die Phrasen der Sozialdemokratie nicht ködern! Laßt Euch durch die Fehler der Stalinbureaukraten nicht beirren! Folgt der Parole der Linken Opposition, die die Kommunistische Partei gesunden wird und wählt die

Liste der Kommunisten!

Gendarmeriesitten in Puntigam

Unsere «Arbeiter-Stimme» geht der hohen Obrigkeit sehr auf die Nerven. Als unsere Kolporteurs am vorletzten Samstag ruhig die «Arbeiter-Stimme» in Puntigam kolportierten, stellte sich ihnen der Gesamtstand des Gendarmeriepostens entgegen und drei Genossen wurden «aufgeschriebe». Besonders der Herr Kommandant tat sich in Kommunistenfresserei sehr hervor. Er titulierte unsere Genossen als «Plattenbrüder» und «Ochsen» und untersagte das Kolportieren, wobei er allerdings kein Glück hatte. Durch solche Schikanen werden wir uns nicht abhalten lassen, unseren Weg weiter zu schreiten.

Arbeiterfeind Keller

Ofters schon mußten wir uns mit dem Mieterschreck der Rochelgasse beschäftigen. Er hat sich ja nach Bedarf als Hauszinsgeier und Faschistenfreund betätigt. Dismal als Naderer. Keller verleiht Karren. Gewöhnliche Karren. Die Proleten zahlen redliche 30 Groschen dafür. Und brauchen die Karren meistens dazu, aus dem Wald ihr mühselig zusammengelauertes Holz hereinzuschleppen. Nun macht die gräfliche Forstverwaltung und die Gendarmerie Jagd auf die armen Holzkläuber. Oesterreichs

Behörde erwächt ja bekanntlich Bettler und Straßensänger, aber keinen Schöberl-Mörder. Nun bekam so eine Holzkläubergruppe die Karren anderswo und ging nicht mehr zum Keller. Daraufhin vernaderte sie Keller beim Besitzer wegen Diebstahls. Es wurde ihnen von der Gendarmerie das Holz «beschagnahmt» und sie wegen Diebstahls dem Bezirksgerichte überstellt. Doch erleben die Eggenberger Gendarmerie und ihr Helfer Keller, der zuerst redlich mithalf und erst dann zum Kadl lief, als er die 30 Groschen nicht mehr erhielt, eine peinliche Abfuhr: Die Holzkläuber wurden freigesprochen.

Ein Arbeitsloser.

Umgangsformen

Eine Invalidenwitwe, Mutter von drei unversorgten Kindern, kommt zum Amtsleiter Kraal um eine Befürwortung. Der schreibt sie an: «Ihnen geben wir nichts». Wir haben Informationen, daß sie die Nächte in den Gasthäusern mit jungen Burschen zubringen. Da jedes Wort unwahr und die Frau höchst geachtet ist, so hat Kraal das nur gesagt, um sich um eine Befürwortung zu drücken. Feine Umgangsformen das eines Gemeindegewalters. Eine Arbeiterin.

Stalinsumpf

Beide Nummern der stalinistischen Abziehung («Revolutionäres Nachrichtenblatt») beschäftigen sich sehr eingehend mit uns Oppositionellen. Da sie außerstande sind, uns politisch entgegenzutreten, versuchen sie es nach echt stalinischer Methode, mit Dreckkübeln. Wir bleiben dennoch dabei, uns mit den Fehlern des Stalinismus politisch auseinanderzusetzen. Der Sieg wird unser sein! KPOe (Opposition), Bezirk Graz.

Achtung! Arbeitslose! Betriebsarbeiter!

Bescheide, Gesuche, Eingaben, Beratung in arbeiterrechtlichen Fragen erledigt vollkommen kostenlos die

Arbeiterrechtsschutzstelle der «Arbeiter-Stimme»

jeden Donnerstags von 7 bis 8 Uhr im Gasthaus «Tiroler Weinstube», Graz, Idlhofgasse 31.

Aus der Partei

Auf falschen Wegen!

Unsere ausdauernde politische Klärungsarbeit beginnt Früchte zu tragen. Unsere Verbindungen mit dem ehrlichen Teil der Parteimitgliedschaft verdichten und vertiefen sich. Die Stalinbureaukraten mühen sich verzweifelt, durch eine unterirdische konzentrierte persönliche Hetze insbesondere gegen den Genossen Frey das zu unterbinden. Vergebens. Langsam aber sicher gewinnen wir Schritt für Schritt an Boden gerade in den wichtigsten Wiener Bezirken. Zugleich aber sehen wir eine andere sehr wichtige Tatsache. Die Zahl derjenigen Parteimitglieder, die mit der Parteiführung, mit den Ergebnissen der Politik der Partei, mit der Politik der Partei selbst unzufrieden sind, wächst! Diese Unzufriedenheit äußert sich jedoch vielfach in falschen Formen. Zunächst einmal in zunehmender Passivität. Die Stalinbureaukratie lenkt die ganzen Anstrengungen der Parteimitglieder in falsche Richtung. Dazu kommt, daß sie die Kräfte der Mitglieder durch tollste Ueberspannung zugrunde hetzt. Die wachsende Unzufriedenheit nimmt aber auch die Form an, daß manche unzufriedene, ehrliche Parteimitglieder, die trotz der stalinischen Bankrottwirtschaft sich noch immer etwas Aktivität bewahrt haben, sich von der Partei zurückziehen und von der Arbeiterwehr oder vom Bund der Sowjetfreunde aus und dergleichen glauben, die Partei gesunden zu können. Auch das ist ehrlicher Wille zum Kampf um die Gesundung, auch das ist Opposition: Der Wille ist gut, aber der Weg ist falsch!

Arbeiterwehr, Bund der Sowjetfreunde usw. sind Hilfsorganisationen, können und sollen nichts anderes sein. Man kann die Arbeiterwehr, den Bund der Sowjetfreunde usw. nicht in die Partei verweben. Nicht die Partei ist falsch. Falsch ist die Politik, die der Partei aufgezwungen wird! Aufgezwungen wird von der Stalinbureaukratie, der sie wieder aufgezwungen wird von der internationalen Stalinclique mit Stalin an der Spitze. Falsch ist der Stalinismus!

Wer sich von der Partei zurückzieht, sei es zur Arbeiterwehr, sei es zum Bund der Sowjetfreunde usw., der macht, ohne es zu wollen, Opposition gegen die Partei. Die Opposition gegen die Partei aber ist falsch und schädlich! Nicht sich von der Partei zurückziehen! Sondern in und für die Partei weiter arbeiten und kämpfen 1. gegen die grundfalsche Linie, zu der die Partei gezwungen wird, 2. gegen diejenigen, die ihr diese grundfalsche politische Linie aufzwingen: gegen die Stalinbureaukratie, 3. gegen diejenigen, die den Stalinbureaukraten diese grundfalsche «Generalinie» aufzwingen: gegen die Stalinclique, gegen den Stalinismus!

In letzter Zeit gewinnt die oppositionelle Stimmung in der Partei konkrete Form besonders in der Losung, man müsse die

Kaderfrage von oben

stellen, das heißt, die gegenwärtige, absolut unfähige Führung durch eine fähige ersetzen. Hier meugt sich eine richtige Einstellung mit sehr schädlichen Illusionen.

Richtig ist, daß die gegenwärtige Führung nichts taugt und daß die Partei sich von ihr befreien muß. Allein so die Frage stellen, heißt nur eine Personenfrage stellen. Sich begnügen, an die Stelle der bisherigen Personen andere zu stellen, heiße die Krankheit der Partei verlängern, heiße neue Illusionen hervorrufen, heiße kostbare Zeit verlieren. Nach einigen Monaten würde sich herausstellen, daß der bloße Austausch der Personen in der Führung am Zustand der Partei gar nichts ändert, ja ihn noch mehr verschlechtert. Gewiß, die Gesundung der Partei ist auch eine Personenfrage. Aber sie ist mehr, bedeutend mehr als eine Personenfrage: sie ist eine politische Frage.

Neun Jahre schon behauptet sich die absolut unfähige Führung an der Spitze der Partei! Wer hält sie oben? Die Parteimitglieder? Keineswegs! Die Mitglieder haben sich immer wieder in den verschiedensten Formen gegen sie aufgebaut. Aber immer wieder war diese absolut unfähige

Führung imstande, jede Opposition, die sich gegen sie regte, auch wenn sie noch so berechtigt war, niederzuringen, ja aus der Partei zu drängen. Wer hat ihr das ermöglicht? Wer hat sie neun Jahre lang oben gehalten trotz des fortwährenden politischen Bankrotts? Wer hält sie trotz des neunjährigen Bankrotts noch heute oben? Nun, wer anders als die

Stalinfraktion?!

Nur mit Leuten solcher Art, wie die Koplenig & Co. ist der Stalinismus, ist die stalinische Politik möglich, das heißt jene zentristische Politik (Mittelpolitik), die zwischen Kommunismus und Opportunismus hin und herpendelt und darüber durch abenteuerliche Sprünge zu täuschen sucht. Das heißt jene Politik, die fortgesetzt führt zu immer weiterer Schwächung der Kommunistischen Partei, der kommunistischen Sache.

Wer die Gesundung der Partei ehrlich und ernstlich will, der darf sich nicht begnügen mit der Losung, die unfähige Parteiführung durch eine fähige zu ersetzen, sondern muß weitergehen. Wodurch, wieso kann sich diese absolut unfähige Führung neun Jahre schon behaupten und die Partei immer tiefer führen? Wer hält diese Führung? Warum wird diese Führung, aus welchen politischen und organisatorischen Gründen wurde und wird diese Parteiführung von Stalin gehalten? Kann bloßer Personenwechsel den Zustand der Partei ändern? Wenn neue Führer an die Stelle der jetzigen träten, so würden sie genau so wie die jetzigen Führer die Politik Stalins und die damit zwangsläufig verbundenen stalinischen Organisationsmethoden anwenden müssen — solange der Stalinismus die Linie in Sowjetrußland und in der Komintern bestimmt.

Worauf es vor allem ankommt, ist die Erkenntnis, daß die stalinistische Politik die Grundursache ist des Niederganges der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale, der kommunistischen Sache. Daß daher die stalinische Politik, der Stalinismus überwunden und ersetzt werden muß durch die Politik Lenins. Als Folge davon ergibt sich die Notwendigkeit, auch der personellen Aenderung der Führung und des Parteiapparates.

Von selbst kommt nichts! Die ehrlichen Parteimitglieder müssen die Lage der Partei vor allem politisch prüfen. Müssen die politischen Ursachen der Krankheit der Partei prüfen. Müssen prüfen, was politisch geschehen muß, um die Partei zu gesunden und was darnach organisatorisch notwendig ist. Schließlich aber und vor allem müssen die ehrlichen Parteimitglieder nicht nur prüfen, sondern auch handeln: sie müssen sich innerhalb der Partei zu Gesundungsgruppen zusammenschließen und Hand in Hand mit der KPO (Opposition) kämpfen um die leninische Gesundung der KP und der KI.

Entwicklung der KPO im Lichte der Stalinpresse

RF 19. März: ... Der 6. März mit seiner großen Demonstration war ein gewaltiger Auftakt ... Die rote Flut steigt ... 50 Schutzblätter sind in Favoriten der AW beigetragen ... 15 Beitritte zur Partei in Favoriten ... 35 Uebertritte zur AW bei Rosak.

RF 23. März: «25 Beitritte zur Partei in Puntigam ... In Leoben 15 Beitritte zur RH.» RF 1. April: «25 Arbeiter der RH beigetragen in Graz, 43 in Steyr.»

RF 3. April: «61 Beitritte zur KP bei Rosak.» RF 7. April: «In Voralberg 30 Arbeiter der RH, 11 der KP beigetragen.»

RF 8. April: «Vormarsch unter der Jugend: ... 114 neue Mitglieder im März ... Jugendgruppe in Innsbruck hat ihre Mitgliederzahl verdreifacht ... 14 SAJler beigetreten der KJV Wien VIII.» RF 10. April: «Wir dringen immer mehr in die Massen ein. Der Entwicklungsprozeß, die Zersetzung der SP macht rasante Fortschritte. Das macht uns keine Partei nach. 88 Beitritte in einer Versammlung ...»

RF 12. April: «Wir marschieren vorwärts ... Im Zeichen unseres Aufstiegs: Die «Rote Fahne» hat ihre Auflage in einem Jahr verdoppelt.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen, Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof

Ein neues Argument

Kaderfrage und „Jugend der Partei“

Von K. Z.

«Die K. P. O. ist klein. Es war immer so, daß die wirklich revolutionären Parteien der unterdrückten Klassen anfänglich klein waren.» (RF vom 6. März 1932. Brief Koplenigs an einen sozialdemokratischen Arbeiter.)

Am 6. März geht also Koplenig ein, daß die Partei trotz der ernstlichen und grundlegenden Wendung im Sinne des wirklichen Beginnes und der Durchführung der Massenarbeit (RF vom 18. Jänner 1931), daß die Partei trotz des vorjährigen «Stoßparteitages», dem Parteitag der «Wendung zur Masse», trotz des «Massenzustromes zur KP» (RF vom 10. Oktober 1931), also trotz allen Wendungen, Stößen, Zuströmen klein geblieben ist.

Womit versucht er diese Tatsache zu begründen? Er hat ein neues «Argument» entdeckt: die «Jugend» der Partei ist schuld an ihrem Zustand, an ihrem Sektenscharakter...

Die politische Linie der Partei ist schuld? «Die politische Linie der Partei (d. h. die Stalinsche Generallinie) ist richtig», kreischen die Koplenig & Co. in allen Thesen, Resolutionen, Beschlüssen sagen sie das. Allein trotz aller Richtigkeit der Generallinie, Koplenig selbst bestätigt es am 6. März: «Die Partei ist klein». Die Gunst der Verhältnisse ist zu groß, um sich auf die objektive Lage ausreden zu können. Die Widersprüche wuchsen. Die aktiven Genossen begannen aus der Erfahrung zu lernen. Sie fanden sich vor folgende Fragen gestellt: Erstens hat die Partei — nach Koplenig & Co. — die richtige politische Linie (nämlich die Stalinsche Generallinie), — zweitens haben wir die objektiv günstigste Situation für die Entwicklung der Partei, — drittens aber kommt die Partei trotz alledem nicht vorwärts; selbst Koplenig bestätigt es am 6. März: «Die Partei ist klein». Woher dieser Widerspruch?

Auf diese Fragen der aktiven Genossen antworten die Koplenig & Co. mit der — Kaderfrage. Um sich, d. h. die grundsätzliche Stalinsche Generallinie, zu behaupten, ergrieff die Stalinsche Führung der Partei die Offensive gegen die aktiven Mitglieder. Gegen jene Mitglieder, die begannen, aus der Erfahrung zu lernen. Die alte Bureaunkritikform zur Verhüllung des eigenen Bankrotts («Die Massen sind schuldig») kleideten sie in die Form: «Die Partei», d. h. die aktiven Parteimitglieder seien schuld am Zustand der Partei. Sie hätten es nicht verstanden, «richtig durchzuführen»; sie seien «verkalte» Elemente, die den Niedergang der Partei verschuldeten, die dem Aufstieg der Partei hindernd im Wege stehen. Die neuen Mitglieder wurden ausgespielt gegen die alten, d. h. immerhin erfahrenen Genossen. Die Mitgliedschaft wurde gespalten, die Provinz gegen Wien ausgespielt. Das Koplenig-ZK mißbraucht die neuen, ahnungslosen, d. h. mit der Parteigeschichte nicht vertrauten Genossen für seine stalinfraktionellen Zwecke. Mit der Offensive gegen die «Verkalten» schaffen sich die Koplenig & Co. immer neue Atempausen. Mit dem stets neuem Aufrollen der Kaderfrage antworten die Stalin-Bureaunkräften auf die kritischen Fragen aus dem Parteizentrum. Auf der Linie des bürokratischen Zentrismus ist die Kaderfrage die Form der Lösung innerparteilicher Differenzen.

Was aber sagen, wenn sozialdemokratische Arbeiter, die sich der Partei trotz der Koplenig & Co. nähern, dem Zustand der Partei mit kritischem Blick gegenüberstehen? Wenn auch sie vorläufig zunächst fühlen, daß irgend etwas mit der Partei nicht stimmt? Koplenig ist schnell zur Hand und produziert sein neuestes «Argument»: «Die wirklich revolutionären Parteien aller unterdrückten Klassen waren anfänglich klein.» Also ist die KPO klein, weil sie — noch in der «Jugend» stehe. Freilich: sozialdemokratischen Arbeiter, die sich der Partei nähern, kann man schlecht mit der Kaderfrage kommen. Die hebt sich Koplenig auf, bis diese Arbeiter Arbeiter in der Partei sind!

Wie steht es mit der «Jugend unserer Partei»? Die Partei besteht fast 13 Jahre. 9 Jahre wird sie von den Koplenig und Co. «geführt». Die Partei konnte bei ihrer Gründung anknüpfen an die Erfahrung der russischen Partei, der russischen Revolution; in den ersten Jahren ihres Bestehens spielten sich in der internationalen Arena große revolutionäre Kämpfe ab, die Partei konnte lernen. Die objektiven Bedingungen waren also die denkbar günstigsten für die Entwicklung der Partei, für die rasche Überwindung der Kinderkrankheiten. Gegen diese Kinderkrankheiten, gegen die ehrliche ultralinke Einstellung, schrieb Lenin 1920 sein bekanntes Buch. Damit wollte er aus seiner reichen revolutionären Erfahrung heraus den jungen kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas helfen, ihre «Kinderkrankheiten», Symptome ihrer Jugend, zu überwinden und überzugehen auf die Linie des internationalen, revolutionären Realismus.

In der gleichen Richtung drückte die wachsende Kampferfahrung der jungen kommunistischen Parteien. Auch in unserer Partei wurde der Anlauf zur Überwindung der Kinderkrankheiten genommen. Der revolutionär-realisti-

sche Flügel um Frey war im Begriffe, die Kinderkrankheiten der Partei zu überwinden. Als ersten Erfolg in dieser Richtung buchte die Partei die Genet-Aktion 1922.

Da durchkreuzten diesen Gesundungsprozeß, der die Partei vorwärts zu führen begann, jene Kräfte, die über Snowjew, Bucharin, Stalin schließlich die leninsche Linie verdrängten durch Stalins bürokratischen Zentralismus und so dazu führten, daß unsere Partei, die keineswegs mehr jung ist, klein blieb, klein ist. Das Werkzeug dieser Niederlagenpolitik in Oesterreich waren und sind die Koplenig & Co.

Die RGO-Donauschiffer im Spiegel der Wahrheit

Kein Mandat in der Personalvertretung und eine beschämend winzige Stimmenzahl: bei den Wiener Landtagswahlen 1931. Stimme, bei den Linzer Landtagswahlen 1931. Stimme und bei den ganzen Schiffsangestellten 18 Stimmen das ist das Wahlergebnis der langen RGO-Anstrengungen bei den Hafnarbeitern. Durch dieses Wahlergebnis ist wieder einmal praktisch bewiesen, wie unsinnig die Gründung eines eigenen Gewerkschaftsladens ist. Was nützt das die beste Absicht, die sicher vorhanden ist, wenn die Linie falsch ist und noch dazu eine Agitation betrieben wird, die kein Arbeiter verstehen kann, weil sie letzten Endes nur den Eindruck einer wüsten Hetze gegen die freigewerkschaftlichen Anhänger hinterläßt. Das beweist die sogenannte Betriebszeitung, der «Rote Donaustrum», in der sich auch der Dichter Hans Maier ausstobt, ein punzierter Stalinanhänger, im Nebenberuf Stalinangestellter. Das gibt ihm natürlich die Möglichkeit, viel über Donauströme nachzudenken und den revolutionären Schiffern Material zu liefern, leider nicht für den Kampf. Wenn Maier für den Gewerkschaftskampf der Bäckerarbeiter dichtet, da versteht er wenigstens etwas davon, aber die Dichtungen über die Schiffer soll er lieber lassen, da macht er nicht nur sich lächerlich, sondern was viel ärger ist, die revolutionäre, die kommunistische Sache. Der Import eines Genossen aus Hamburg vom internationalen Wassertransport-Arbeiterverband (RGO) konnte am Ergebnis nichts ändern. Es hätte auch nichts geändert, wenn Stalin selbst hier gewesen wäre. Die Gründung von selbständigen Gewerkschaften, auch wenn man das Ding mit verschiedenen Namen zu benämeln sucht, ist nun einmal von Grund aus falsch, keine Ausreden können daran etwas ändern. Es ist zu hoffen, daß auf Grund dieser schweren Schlappe in die Geheirne aller revolutionären Schiffergenossen Vernunft einzieht, so daß wir doch noch in die Lage kommen werden, ge-

meinsam auf die Linie Lenins zurückzukehren und innerhalb der Freien Gewerkschaft durch die Gründung und aktive Arbeit kommunistischer Fraktionen revolutionäre Realpolitik treiben zu können. Es ist höchste Zeit, denn die Schiffsahrtsgesellschaften rüsten zum Generalangriff nicht nur auf die Löhne, sondern auch auf die Dienstorndung, und ihr weißt zu gut, Genossen, wenn sich die Herren Gewerkschaftsführer von links nicht bedroht fühlen, sind sie zu jeder Schandtat bereit! Daher herumergerissen das Steuer und Kurs zum gemeinsamen Kampf aller aufrichtigen revolutionären Genossen zur Aufrechterhaltung der einheitlichen Abwehrfront! Mit Genugtuung soll hier festgestellt werden, daß der erste Schritt dazu getan. Wir begrüßen aufrichtig unsere revolutionären Heizer, die jetzt unserem Freien Gewerkschaftsverband eingegliedert sind. Ich sage absichtlich unserer, weil wir ihn durch zähe, ausdauernde Arbeit erobern werden. Die Kampffront ist gestärkt, nun, Genossen, an die Arbeit! Dann wird auch diese Schlappe der Vergangenheit angehören. Voraussetzung jedoch ist Lösung von dem verhängnisvollen Stalinkurs, zurück zu Lenin und seinen lebendigen Lehren auch über die Gewerkschaftsarbeit.

Ein revolutionärer Schiffer.

Arbeitererlebnisse unter dem Stalinismus

In einer Reihe von Arbeiterberichten haben wir die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter ungeschminkt klargelegt, um den stalinistischen Schönfärbereien und den dadurch hervorgerufenen Illusionen ein Ende zu setzen und die Arbeiter außerhalb Rußlands von der Notwendigkeit der aktiven Hilfe für die russische Arbeiterklasse, für Sowjetrußland, zu überzeugen. Die «Rote Fahne» will diese Berichte entkräften, indem sie die Arbeiter, die sie schrieben, als «halb oder ganz korruptierte Elemente» bezeichnet. Indessen sind jene Genossen, die uns diese Berichte zugesickt, nicht nur uns, sondern auch weiten Kreisen der Arbeiterschaft als grundlegende Genossen bekannt. Es liegen uns noch eine ganze Reihe von Berichten ehrlicher Arbeiter, die aus Rußland heimgekehrt sind, vor. Alle diese Berichte behandeln jedoch nur die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiter. Die aber ist nunmehr genügend geklärt, insbesondere durch die immer größere Zahl der Rückkehrer. Wir werden daher derartige Arbeiterberichte künftig nur noch dann veröffentlichen, wenn und soweit sie Wichtiges über die politische Einstellung der russischen Arbeiter berichten.

Stalins Rolle in der Februarrevolution*)

(Schluß)

Die Einwände der aktiven Bolschewiki

bewegten sich auf verschiedenen Linien. Der Hauptstreit ging um die Frage, ob die bürgerlich-demokratische Revolution abgeschlossen sei. Da die Agrarumwälzung sich noch nicht vollzogen hatte, konnten Lenins Gegner mit vollem Recht behaupten, die demokratische Revolution sei nicht zu Ende geführt und daraus folgern, es gäbe für die Diktatur des Proletariats auch dann keinen Platz, wenn die sozialen Verhältnisse Rußlands diese in einer mehr oder weniger nahen Zukunft ermöglichen sollten.

Lenin sah gewiß nicht weniger scharf als seine Opponenten, daß die demokratische Revolution nicht abgeschlossen war, richtiger, daß sie, kaum angefangen, schon zurückzurollen begann. Aber eben daraus folgte, daß sie lediglich unter der Herrschaft der neuen Klasse zu Ende zu führen war und daß man dazu nur gelangen könnte, wenn man die Massen dem Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre entrieß, das heißt dem indirekten Einfluß der liberalen Bourgeoisie. Die Verbindung dieser Parteien mit den Arbeitern und insbesondere mit den Soldaten wurde durch die Idee der Verteidigung gegen — der «Verteidigung des Landes» oder der «Verteidigung der Revolution». Lenin forderte deshalb: Unversöhnliche Politik in Beziehung auf alle Schattierungen des Sozialpatriotismus, Trennung der Partei von den rückständigen Massen, um dann die Massen von ihrer Rückständigkeit zu befreien. «Den alten Bolschewismus muß man aufgeben», sagte er wiederholt. «Es ist notwendig, die Scheidelinie zwischen Kleinbürgertum und Lohnproletariat zu ziehen.»

Ohne Kamenev und Stalin bei Namen zu nennen, ist Lenin jedoch gezwungen, die Zeitung zu erwähnen: «Die Prawda» fordert von der Regierung, sie solle auf Annexionen verzichten. Von einer Regierung der Kapitalisten verlangen, sie soll auf Annexionen verzichten — ist Unsinn, schreiender Hohn...»

Über den Aufruf des Sowjets «An die Völker der ganzen Welt, der seinerzeit der liberalen Zeitung «Rjetsch» Anlaß gegeben hatte, zu erklären, das Thema Pazifismus entwickle sich bei uns zu einer uns und unseren Verbündeten gemeinsamen Ideologie, drückte sich Lenin prägnant und krasser aus: «Was in Rußland eigenartig ist, das ist der gigantische schnelle Übergang von roherer Willkür zu feinstem Betrug.»

«Dieser Aufruf», schrieb Stalin über das *) Aus Trotzkijs Geschichte der Februarrevolution.

Manifest, «wird, wenn er die breiten Massen (des Westens) erreicht, zweifellos Hunderte und Tausende Arbeiter bewegen, zu der in Vergangenheit geratene Parole «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» zurückzukehren.»

«In dem «Wort des Sowjets», erwiderte Lenin, ist kein Wort, das von Klassenbewußtsein durchdrungen ist. Es ist eine einzige Phrase. Das Dokument, auf das die hausbackenen Zimmerwälder so stolz waren, ist in Lenins Augen eine Waffe «feinsten Betrugs».

Drei Tage zuvor hatte Stalin auf der gleichen Konferenz seine Bereitschaft verkündet, die Meinungsverschiedenheiten mit Zeretelli auf der Basis von Zimmerwald-Kiental auszutragen. Das heißt auf der Basis des Kautskyanismus. «Ich höre, daß in Rußland eine Vereinigungstendenz besteht», sagte Lenin, «eine Vereinigung mit den Landesverteidigern — das ist Verrat am Sozialismus. Ich glaube, es ist besser, allein zu bleiben, wie Liebknecht! Die Beschuldigung des Verrates am Sozialismus, vorläufig noch namenlos, ist hier nicht einfach ein starkes Wort: sie drückt vollständig die Stellung Lenins gegen die Bolschewiki aus, die den Sozialpatrioten einen Finger entgegenstrecken (also vor allem gegen Stalin! Die Red.). Im Gegensatz zu Stalin, der es für möglich erachtet, sich mit den Menschewiki zu vereinigen, hält Lenin es für unzulässig, noch weiter mit ihnen den Namen Sozialdemokratie gemeinsam zu tragen. «Für meine Person», sagte er, «schlage ich vor, den Namen unserer Partei zu ändern und uns kommunistische Partei zu nennen.» Für meine Person — das bedeutet, daß niemand, kein einziger Teilnehmer der Konferenz, mit dieser symbolischen Geste des endgültigen Bruches mit der Zweiten Internationale einverstanden war.

Eine Stunde später ist Lenin gezwungen, in der allgemeinen Versammlung der Bolschewiki und Menschewiki seine Rede zu wiederholen, wo sie der Mehrzahl der Zuhörer als ein Mittelding zwischen Hohn und Fieberwahn erscheint. Die Nachsichtigeren zucken die Achseln. Dieser Mann ist offenbar vom Monde gefallen. «In zehn Jahren Abwesenheit, kam die Statue des finnländischen Bahnhofes heruntergestiegen, predigt er die Mächteroberung durch das Proletariat. Die wenigen Gutgläubigen unter den Patrioten erwähnen den plomierten Wagen. Stankowitsch bezweigt, daß das Auftreten Lenins dessen Gegner sehr erfreut habe: «Ein Mann, der solche Dummeitien spricht, ist ungeschlaglich. Gut, daß er gekommen ist, jetzt ist er allen sichtbar... jetzt widerlegt er sich selbst.»

Indes ist bei aller Kühnheit ihres revolutionären Elans, bei der unbeugsamen Entschlossenheit sogar mit alten Genesungs- und Kampf-

genossen zu brechen, sollten sie sich als unzulänglich erweisen, mit der Revolution Schritt zu halten, Lenins Rede, deren Teile alle gegeneinander abgewogen sind, von tiefem Realismus und untrüglichem Masseninstinkt erfüllt. Und gerade deshalb mußte sie den an der Oberfläche gleitenden Demokraten phantastisch erschrecken.

Die Bolschewiki sind eine kleine Minderheit in den Sowjets, und Lenin plant die Eroberung der Macht. Ist denn das nicht Abenteuerium? Nicht ein Schatten vom Abenteuerium war in der Leninschen Fragestellung. Keinen Augenblick schließt er die Augen vor dem Vorhandensein einer ehrlichen Landesverteidigungstimmung unter der breiten Masse. Ohne in ihr aufzugehen, beabsichtigt er auch nicht hinter dem Rücken zu handeln. «Wir sind keine Scharlatane», wirft er den zu erwartenden Einwänden und Beschuldigungen entgegen, «wir müssen uns nur auf das Bewußtsein der Massen stützen.»

Und wenn wir sogar gezwungen sein sollten, in der Minderheit zu bleiben — sei's drum. Es lohnt sich für eine Zeit auf die führende Stellung zu verzichten, man darf sich nicht davor fürchten, in der Minderheit zu bleiben. Sich nicht fürchten in der Minderheit zu bleiben — selbst Liebknecht gegen einhundertzehn — das ist das Leitmotiv der Rede.

«Die gegenwärtige Regierung, das ist der Sowjet der Arbeiterdeputierten... Im Sowjet ist unsere Partei in der Minderheit... Nichts zu machen! Es bleibt uns nur das Irrige ihrer Taktik nachzuweisen, geduldig, beharrlich, systematisch. Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik, um die Masse vor Betrug zu bewahren. Wir wollen nicht, daß die Massen uns aufs Wort glauben. Wir sind keine Scharlatane. Wir wollen, daß die Massen durch Erfahrung sich von ihren Irrtümern befreien. Nicht fürchten in der Minderheit zu bleiben! Nicht für immer, nur für eine Zeit. Die Stunde des Bolschewismus wird schlagen. «Unsere Linie wird sich als richtig erweisen... Zu uns wird jeder Unterdrückte kommen, weil der Krieg ihn zu uns bringen wird. Einen anderen Ausweg hat er nicht.»

Lenins Apitthesen hatten nicht nur die erstankte Entrüstung der Feinde und Gegner hervorgerufen. Sie stießen eine Reihe alter Bolschewiki in die Zwischengruppe, die sich um die Zeitung Gorkis zusammenschloß. Ernste politische Bedeutung hat dieser Abgang nicht gehabt. Unermeßlich wichtiger ist der Eindruck, den Lenins Stellung auf die führende Parteischicht ausübte. «In den ersten Tagen nach seiner Ankunft», schreibt Suchanow, «war eine völlige Isoliertheit unter den aufgeklärten Parteigenossen zweifellos.» «Sogar seine Parteigenossen, die Bolschewiki», bestätigt der Sozialrevolutionär Sensinow, «wandten sich verlegen von ihm ab.» Die Autoren dieser Gutachten kamen mit den führenden Bolschewiki täglich im Exekutivkomitee zusammen und besaßen Nachrichten aus erster Hand.

Aus der Opposition

An die Bezirksorganisation Ottakring der KPOe (Opposition)!

Werte Genossen!

Mit heutigem Tage erkläre ich meinen Uebertritt zur K. P. O. (Opposition). Die falsche Linie und Taktik, die der Partei vom Stalinismus aufgezogen wird, in allen Fragen und in der Frage der Einheitsfront insbesondere, hindern unsere Partei, die von der Not gepeinigten, sich ihr nähernden Massen zu erfassen, ja auch nur die Arbeiter, die sich trotz aller Fehler der Partei zu ihr durchringen, dauernd zu halten. Die Stalinbürokratie versagt in jeder Frage, in jeder Aktion. Siehe zuletzt den 6. März. Diese Uebelstände durch Kritik innerhalb der Partei abzustellen, ist unmöglich, weil die Stalinbürokratie jede Kritik an der stalinistischen Linie, Politik und Taktik verhindert, jeden der daran zu rühren wagt, ausschließt. Ich schließe mich daher der K. P. O. (Opposition) an und fordere alle ehrlichen Genossen in der Partei auf, im Bunde mit der Opposition zusammenzukämpfen, um die Gesundheit der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationalen.

Wien, am 11. April 1932.

Mit kommunistischem Gruß
Erwin Pollak.

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 2. Mai, in Amanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends 7 1/2 Uhr.

Bezirksorganisation Ottakring: Jeden Freitag im Gasthaus Fanowitz, XVI., Koppstraße 47, abends 7 1/2 Uhr.

Preßfonds: B. D. S. 10—

Verleger: Kommunistische P. O. (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Mitschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «clava», Wien, VII.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fasowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von 7 1/2 bis 10 Uhr abends.

24. April: Zusammenkunft 2 Uhr Nußdorf. Treffpunkt: 4 Uhr bei der Eisernen Hand.

1. Mai: Zusammenkunft 3 Uhr Endstation Neualdegg. Treffpunkt: 4 Uhr Rohrerstraße.